



## Billige Nahrungsmittel und ihre Folgen

### Die EU-Exportstrategie – Das Beispiel Milch und die Auswirkungen auf die Weidetierhalter in Burkina Faso

VON KERSTIN LANJE UND TOBIAS REICHERT

---

Deutschland hat sich verpflichtet, die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG) bis 2030 umzusetzen. In SDG 2 verpflichten sich die Staaten, Hunger zu bekämpfen und eine nachhaltige Landwirtschaft zu schaffen. Zudem betont die Bundesregierung in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2016, dass der Aufbau einer wettbewerbsfähigen Agrar- und Ernährungswirtschaft in Entwicklungsländern die wachsende Nachfrage nach Lebensmitteln vor Ort besser bedienen könne und gleichzeitig Arbeit und Einkommen im ländlichen Raum schaffen würde. Bisher läuft die deutsche und europäische Agrarpolitik aber in eine völlig andere Richtung. Was die Umsetzung des SDG 2 politisch bedeutet, lässt sich beispielhaft am Milchsektor aufzeigen.

In den letzten zwei Jahren wurde deutlich, wie stark der Milchsektor von Handelsverzerrungen und Marktungleichgewichten betroffen ist. Das Angebot an Milch ist in Europa höher als die Nachfrage. Die Erzeugerpreise in Deutschland sind auf ein existenzbedrohendes Niveau gefallen und lagen trotz leichter Erholung im März 2017 bei nur 31,82 Cent/kg.<sup>1</sup> Viele Milchbäuerinnen und -bauern haben in jüngster Vergangenheit ihre Höfe aufgegeben; alleine in Bayern waren es 2.000, in Niedersachsen 10.000 Betriebe. Milch, die in Europa nicht nachgefragt wird, landet auf dem Weltmarkt und konkurriert insbesondere als Milchpulver mit der lokalen Milchproduktion in Entwicklungsländern. Schon jetzt stammt 26 Prozent der auf dem Weltmarkt gehandelten Milchmenge aus der Europäischen Union. Die Exportorientierung lässt sich an den Zahlen ablesen: In den letzten zehn Jahren ist der Export von Magermilchpulver der EU um das 6,5-fache auf über 574.000 Tonnen gestiegen. Aus Deutschland wird jeder zweite Liter der hier gemolkenen Milch exportiert, der größte Teil geht in andere Länder der EU.

Für 2017 erwartet die EU-Kommission, dass die hohen Lagerbestände an Magermilchpulver abschmelzen und die Verkäufe um fast ein Viertel auf 712.000 Tonnen zulegen. Für 2018 wird eine Zunahme des Exports von Magermilchpulver in Drittländer um 13 Prozent angenommen. Die niederländische Rabobank schätzt, dass die europäische Milchproduktion bis 2020 um bis zu acht Prozent steigen wird, die heimische Nachfrage jedoch kaum. Auch in Deutschland setzen die Molkereien auf die Erzeugung von Milchpulver. Als Marktführer hat das Deutsche Milchkontor seine Produktionskapazitäten verdoppelt. Die Ammerland Molkerei exportiert Milchprodukte in 60 Länder und hat gar ein eigenes Vertriebsbüro in Peking eröffnet, um ihre Exportchancen zu erhöhen.

Diese hohe verfügbare Milchmenge ist begründet zum einen im Auslaufen der Milchquote im April 2015. Damals fielen die bis dahin vorhandenen Produktionsbegrenzungen. Zum anderen können Exportmärkte nur durch billige, standardisierte

Massenprodukte erobert werden. Die Preise müssen dauerhaft niedrig sein, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sein zu können.

### Markterschließung steht an erster Stelle

Die EU-Kommission geht davon aus, dass die zusätzliche Nachfrage nach europäischen Agrarprodukten in den nächsten zehn bis 15 Jahren zu 90 Prozent außerhalb der EU entstehen wird. Wichtig ist somit der Zugang zu diesen Exportmärkten. EU-Agrarkommissar Phil Hogan wirbt für Marktöffnung, Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt hat das Budget für Exportförderung auf gegenwärtig 7,2 Millionen Euro aufgestockt und setzt auch auf die steigende Nachfrage aus dem Ausland.

Diese Exportorientierung mit der Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik auf den (niedrigeren) Weltmarktpreis wird flankiert von der Marktöffnung für europäische Agrarprodukte in anderen Ländern, vorangetrieben durch die EU-Handelspolitik, die den Abbau des Außenschutzes durch Zölle oder Quoten durch Handelsabkommen forciert.

Handelsverzerrungen werden heute nicht mehr explizit durch Agrarexportsubventionen ausgelöst, deren Höhe 1992 noch 10 Milliarden Euro betrug. Der Effekt der im Agrarhaushalt der EU vorgesehenen Direktzahlungen und marktbezogenen Ausgaben in Höhe von 312,7 Milliarden Euro für den Zeitraum von 2014 bis 2020 ähnelt jedoch dem der Exportsubventionen. So können europäische Agrarprodukte die EU zu Preisen unterhalb der Erzeugungskosten verlassen. Ein Drittel des Einkommens der Landwirte besteht aus Direktzahlungen, die so die niedrigen Preise ermöglichen.

Schon für die letzte Krise am Weltmilchmarkt war die Europäische Union mit ihrer Produktionssteigerung von 11 Millionen Tonnen verantwortlich, davon alleine 2014 sechs Millionen Tonnen.

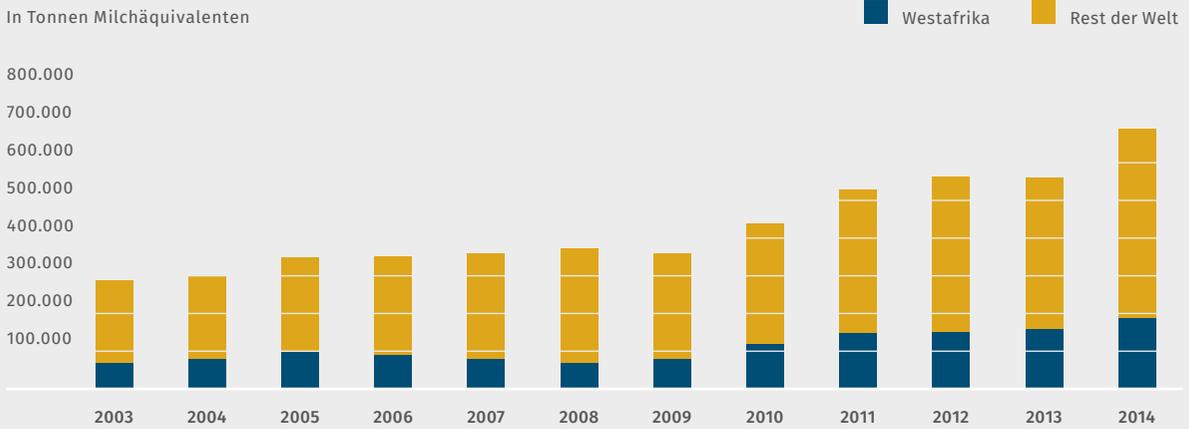
### Steigerung landwirtschaftlicher Produktivität und Einkommenserhöhung von Weidetierhaltern

Die Milchproduktion hat ein großes Potenzial zur Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern. Weltweit

<sup>1</sup> Siehe [www.agrarheute.com/news/milchpreis-aktuell-auszahlungspreis-eu-molkereien](http://www.agrarheute.com/news/milchpreis-aktuell-auszahlungspreis-eu-molkereien).

**Abbildung II.02.01**

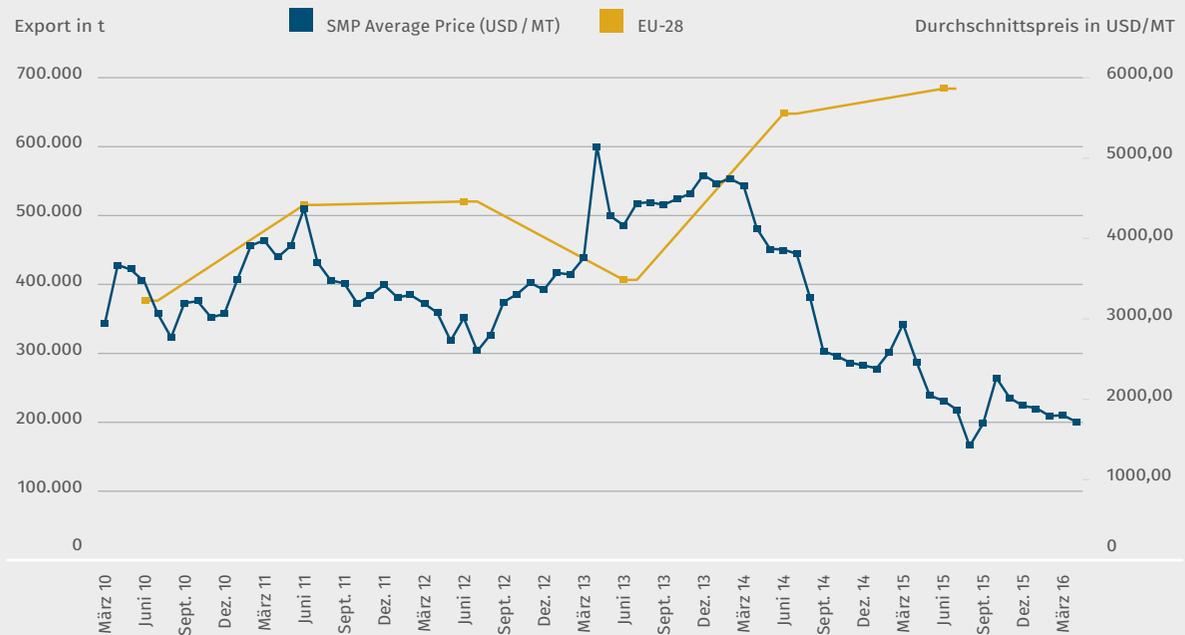
EU-Exporte von mit Pflanzenfett angereichertem Milchpulver



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten von Eurostat/UN Comtrade.

**Abbildung II.02.02**

Magermilchpulver-Exporte der EU-28 und Weltmarktpreis



Quelle: Reichert (2016), S. 3, basierend auf Daten aus [www.globaldairytrade.info/en/product-results/download-historical-data-for-gdt-events/?cb=1462186807683](http://www.globaldairytrade.info/en/product-results/download-historical-data-for-gdt-events/?cb=1462186807683) und [http://ec.europa.eu/agriculture/milk-market-observatory/pdf/mmo-economic-board-meeting-of-26-04-2016\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/agriculture/milk-market-observatory/pdf/mmo-economic-board-meeting-of-26-04-2016_en.pdf).

wird die Milch von über 120 Millionen Milchviehbetrieben erzeugt, die im Durchschnitt 2,9 Kühe halten.

In Afrika südlich der Sahara, mit einem Anteil von 20 Prozent ein wichtiger Absatzmarkt für Milchpulver aus der EU, zeigt sich seit 2007 eine Zunahme der Importe auf 1,24 Millionen Tonnen, gemessen in Milchäquivalenten. Besonders billig auf dem Markt ist mit Pflanzenfett angereichertes Milchpulver. Hierfür wird der Milch das natürliche Fett entzogen und zu höherwertigen Produkten wie Butter verarbeitet. Der Milch wird stattdessen Pflanzenfett beigefügt. Ein großer Anstieg ist im wichtigen Absatzmarkt Nigeria zu verzeichnen, wo die Importe aus der EU um das Zweieinhalbfache auf 70.000 Tonnen stiegen. Besonders drastisch ist die Entwicklung in einigen Staaten wie Mali oder Kamerun, die vor zehn Jahren keine nennenswerten Mengen importierten und nun ein Importwachstum von mehreren tausend Tonnen verzeichnen.

### Auswirkungen auf die lokale Milchwirtschaft

Welche Auswirkungen diese Entwicklung auf die lokale Milchwirtschaft hat, kann am Beispiel Burkina Faso gezeigt werden. In dem Land wurden 2010 weniger als 2.000 Tonnen des mit Pflanzenfett angereicherten Milchpulvers importiert, 2015 waren es bereits 5.187 Tonnen. Und das, obwohl es in Burkina Faso eine lokale Milchviehhaltung mit zwei Millionen Milchproduzent/innen und zehn Millionen Kühen gibt. Viele Menschen leben von der Weiterverarbeitung und dem Verkauf von Milch und Milchprodukten. MISEREOR fördert seit über zehn Jahren den Aufbau lokaler Molkereien in Burkina Faso, wo mittlerweile über 40 Kleinstmolkereien entstanden sind, die das Auskommen ihrer Mitglieder, überwiegend Frauen, sichern. Die Produktion schwankt. Mitunter geben die Kühe nur zwei Liter, in der Regenzeit auch bis zu sechs Liter. Die Milch wird zur Molkerei gebracht und abgekocht oder als Joghurt verkauft. Das Einkommen reicht, um Futtermittel anzubauen, die eigene Ernährung zu sichern und die Kinder zur Schule zu schicken.

Aus entwicklungspolitischer und menschenrechtlicher Perspektive ist es wichtig sicherzustellen, dass die Lebensgrundlage der lokalen Bevölkerung

gestärkt werden kann. Etwa 80 Prozent der erzeugten Milch wird in den Produzentenfamilien selbst konsumiert und höchstens unverarbeitet in der näheren Umgebung zum Verkauf angeboten. In den Supermärkten und Kiosken sind fast ausschließlich Produkte aus importiertem Milchpulver zu finden, die deutlich billiger als lokale Milcherzeugnisse angeboten werden. Umgerechnet kostet ein Liter Milch, hergestellt aus mit Pflanzenfett angereichertem Milchpulver, etwa 34 Cent, lokale Milch hingegen zwischen 76 Cent und 1,10 Euro.

### Aufbau einer wettbewerbsfähigen Agrar- und Ernährungswirtschaft in Entwicklungsländern

Als wettbewerbsfähig gegenüber der Europäischen Milchwirtschaft kann man die Kleinstmolkereien in Burkina Faso noch nicht bezeichnen. Man muss aber berücksichtigen, dass durch diese Einkommen eine Lebensperspektive für die Weidetierhalter der ethnischen Gruppe der Peulh entstanden ist. Bei den Peulh, die keine Alternative zur Tierhaltung und Milchwirtschaft haben, sind es die Frauen (meist Analphabetinnen), die für die Produktion und den Verkauf der Milch zuständig sind. Diese Tätigkeit ist somit ihre einzige Möglichkeit, Einkommen zu erzielen. Einfach ist es nicht, konkurrenzfähig zu werden. Notwendig wäre die Steigerung des Futtermittelanbaus, das Einkreuzen von Milchkühen, die mehr Milch geben und Investitionen in die Vermarktung. Die hoffnungsvollen Anfänge werden jedoch konterkariert durch Bestrebungen großer internationaler Molkereien, den Markt selbst zu bedienen.

Dass die Konzentration auf das billige Milchpulver und die Absatzmärkte in Afrika Teil einer langfristigen Strategie ist, zeigen die Investitionen europäischer Unternehmen. ARLA, FrieslandCampina und Danone investieren verstärkt in die Milchverarbeitung in Westafrika, meist indem sie bestehende afrikanische Unternehmen aufkaufen oder Beteiligungen erwerben. Einige in Westafrika besonders aktive Konzerne haben Unternehmenszweige in Deutschland und verarbeiten deutsche Milch.

Im September 2014 gab z.B. ARLA den Aufbau zweier Gemeinschaftsunternehmen im Senegal und in Nigeria bekannt. Im September 2014 kaufte Royal Fries-

## Kasten 2 – Chancen nutzen statt weiter so!

### Öffentliche Gelder nur für gesellschaftliche Leistungen

VON BERIT THOMSEN

Statt die Exportorientierung weiterhin mit agrarpolitischen Mitteln und Maßnahmen zu fördern, muss eine Qualitätsoffensive das Leitbild einer zukunfts-fähigen Agrarpolitik werden. Wichtig ist dabei, dass möglichst viele Bauernhöfe mitgenommen werden und erhalten bleiben. Neben einer Neuausrichtung der Marktordnung, die hier bereits skizziert wurde (vgl. Kapitel II.02), gilt es, die Förderpolitik der europäischen Agrarpolitik zu reformieren. Solch ein Umbau in der Agrarpolitik ist eine wesentliche Voraussetzung für die Erreichung der SDGs, etwa die Stärkung von Kleinbauern und -bäuerinnen oder auch, die Böden und das Klima zukunftsfähig zu schützen. „Öffentliche Gelder sollen nur noch für gesellschaftliche Leistungen genutzt werden“, ist eine Forderung des neuen Papiers der sog. Plattform-Verbände, das von 30 Verbänden aus Umwelt- und Naturschutz, Landwirtschaft, Entwicklungspolitik, Verbraucherschutz und Tierschutz getragen wird.<sup>1</sup> Das Papier verweist auf die Notwendigkeit, schon jetzt die Spielräume in EU-Verordnungen in Deutschland zu nutzen.

Die EU-Verordnung über die Direktzahlungen gibt jedem Mitgliedstaat die Möglichkeit, bis zu 15 Prozent der Gelder, die ihm von der EU für Direktzahlungen zur Verfügung gestellt werden, umzuschichten in Förderprogramme der Zweiten Säule (v. a. Agrarumwelt-, Klima- und Tierschutzmaßnahmen). Deutschland nutzt das Instrument mit 4,5 Prozent Umschichtung in den Jahren 2015 bis 2019 nur ansatzweise. Eine mögliche Erhöhung ist im EU-Recht ausdrücklich vorgesehen: Bis zum 1. August 2017 kann – und sollte – die Bundesregierung an die EU-Kommission melden, dass hier ab dem Jahr 2018 die Umschichtung auf 15 Prozent erhöht wird.<sup>2</sup> Der Bundesrat hat einen Gesetzesentwurf zur Erhöhung der Umschichtung von 4,5 auf 6 Prozent beschlossen, den die Bundesregierung mit einer Stellungnahme an den Bundestag weitergeleitet hat.<sup>3</sup> Experten vermuten jedoch, dass der den Gesetzesentwurf nicht mehr aufrufen wird; dann fällt er dem Diskontinuitätsprinzip zum Opfer. Damit wäre die Chance zur Umschichtung in diesem Jahr vertan.

Verbunden werden sollte die Ausschöpfung der Umschichtung in qualifizierte Maßnahmen der Zweiten Säule mit einer spürbaren Anhebung der Zahlungsaufschläge für die ersten Hektar je Betrieb. Auch diese Umschichtung wird den Mitgliedstaaten nach geltendem EU-Recht ermöglicht: Sie können bis zu 30 Prozent der (nach der Umschichtung in die Zweite Säule verbleibenden) Direktzahlungsmittel einsetzen, um den Betrieben für die ersten Hektar je Betrieb (bis maximal zur Durchschnittsgröße der Betriebe im Land, in Deutschland 46 Hektar) eine wesentlich höhere Direktzahlung zu gewähren als für die weiteren Hektar. Deutschland setzt auch dieses Instrument nur ansatzweise um: statt 30 Prozent werden nur sieben Prozent hierfür umgeschichtet. Der Aufschlag darf nach EU-Recht bis zu 65 Prozent der durchschnittlichen Zahlungen im Land je Hektar betragen, also rund 180 Euro. Das EU-Recht bietet also großen Spielraum, um die EU-Gelder so einzusetzen, dass mehr davon beim bäuerlichen Mittelstand ankommt und weniger bei den sehr flächenstarken Ackerbaubetrieben.<sup>4</sup>

1 Plattform-Verbände (2017).

2 Jasper (2016).

3 Deutscher Bundestag (2017).

4 Jasper (2016).

Eine weitere Weichenstellung für die Neuausrichtung der Förderpolitik ist die Kappung der Direktzahlungen pro Betrieb ab 150.000 Euro, um dieses Geld für Maßnahmen in der Zweiten Säule einzusetzen. Das sieht das jüngst abgestimmte Verhandlungsmandat des EU-Agrarministerrates zur sog. Omnibus-Verordnung vor.<sup>5</sup> Nimmt die Bundesregierung die SDGs ernst, muss sie alles daran setzen, diese ersten Weichen in der Agrarpolitik neu zu stellen.

**Literatur**

**Council of the European Union (2017):** Proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council on the financial rules applicable to the general budget of the Union and amending

5 Council of the European Union (2017), S. 8.

Regulation (EC) No 2012/2002 [...] and of the Council and Decision No 541/2014/EU of the European Parliament and of the Council (Omnibus Proposal). Doc. 8314/17 (21 April 2017). Brüssel.  
<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8314-2017-INIT/en/pdf>

**Deutscher Bundestag (2017):** Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Direktzahlungen-Durchführungsgesetzes, (Drucksache 18/12106). Berlin.  
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/121/1812106.pdf>

**Jasper, Ulrich (2016):** Dauerkrise überwinden – für Bauern, Umwelt und die Tiere! In: AgrarBündnis e.V. (Hrsg.): Der kritische Agrarbericht 2016 – Schwerpunkt: Wachstum. Konstanz, S. 34-39.  
[www.kritischer-agrarbericht.de/fileadmin/Daten-KAB/KAB-2016/KAB2016\\_Kap1\\_34\\_39\\_Jasper.pdf](http://www.kritischer-agrarbericht.de/fileadmin/Daten-KAB/KAB-2016/KAB2016_Kap1_34_39_Jasper.pdf)

**Plattform-Verbände (2017):** Für eine gesellschaftlich unterstützte Landwirtschaftspolitik. EU-Agrarpolitik für eine Qualitätsstrategie umbauen.

Gemeinsame Forderungen der Plattform von Verbänden aus Umwelt- und Naturschutz, Landwirtschaft, Entwicklungspolitik, Verbraucherschutz und Tierschutz. Rheinbach/Hamm.  
[www.bund.net/fileadmin/user\\_upload\\_bund/publikationen/landwirtschaft/landwirtschaft\\_gesellschaftlich\\_unterstuetzte\\_landwirtschaftspolitik.pdf](http://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/landwirtschaft/landwirtschaft_gesellschaftlich_unterstuetzte_landwirtschaftspolitik.pdf)



Berit Thomsen ist Mitarbeiterin der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft für Agrar- und Handelspolitik.

land/Campina von der OLAM-Gruppe aus Singapur Anteile im Geschäftsfeld Milch an der Elfenbeinküste für 18,7 Millionen Euro und für 6,3 Millionen die Milchmarke „Pearl“. Danone legte 2015 eine Anleihe von 1,3 Milliarden Euro für seine Investitionen im afrikanischen Kontext auf und investierte 21 Millionen Euro in den Einstieg in die Unternehmen FAN-Milk Westafrika und Brookside Dairy (Kenia).

Die große Mehrheit dieser Unternehmen nutzt ganz überwiegend oder ausschließlich importierte Rohstoffe, vor allem Milchpulver, die entweder in Portionen von Haushaltsgröße umgepackt oder zu anderen Produkten wie Trinkmilch, Joghurt oder Kondensmilch weiterverarbeitet werden.

**Schutz der heimischen Märkte als Beitrag zur SDG-Umsetzung**

Das Beispiel der Peulh zeigt, was geschehen muss, damit die SDGs erreicht werden. Das Potenzial der

lokalen Milchwirtschaft zur Armutsbekämpfung in Burkina Faso muss anerkannt, geschützt und unterstützt werden. Wie oben beschrieben sind erhebliche Investitionen in Burkina Fasos Milchwirtschaft erforderlich. Dieses ist auch vor dem Hintergrund der steigenden Arbeits- und Perspektivlosigkeit junger Menschen im ländlichen Raum notwendig.

Unerlässlich ist zudem, im Handelsabkommen der EU mit Westafrika den handelspolitische Spielraum zum Schutz der heimischen Milchwirtschaft zu stärken. Nach derzeitigen Plänen soll der Außenschutz in Form von Einfuhrzöllen auf Milchpulver (ab 25 kg-Packungen) für immer auf null Prozent gesenkt werden.

Es muss möglich sein, diese Verabredung auch wieder aufzuheben. MISEREOR fordert deshalb ein Moratorium der derzeitigen Verhandlungen über ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen. Partnerorganisationen von MISEREOR fordern einen Außen-

schutz für Milchpulver in Höhe von 35 Prozent. Des Weiteren muss die EU ein dauerhaftes Kriseninstrument zur Regulierung des Angebots installieren, das passend zur Nachfrage an der Produktionsmenge ansetzt und für alle EU-Mitgliedsstaaten gilt. Für den Einsatz eines solchen Instruments sprechen zwei Gründe. Zum einen ist es die Stabilisierung der EU-Binnenwirtschaft, indem über angemessene Milchpreise EU-weit Milchbetriebe und Arbeitsplätze in diesem Wirtschaftssektor erhalten bleiben. Zum anderen darf die Überproduktion in der EU nicht für den Export in Drittländer ohne Folgenabschätzung der Auswirkungen auf die Erzeuger/innen in Entwicklungsländern erfolgen. Nur so können diese ihre Milchwirtschaft entwickeln, ihre Produkte absetzen und ein Einkommen erwirtschaften. Armut, Migration und Hunger werden reduziert. Dass eine von der EU geförderte Milchreduktionsmaßnahme hilft, musste auch EU-Agrarkommissar Hogan anerkennen: In der EU reduzierte sich die Milchmenge um über 850.000 Tonnen Rohmilch, nach dem die EU-Kommission einen Anreiz zur Mengenreduzierung installierte und Erzeuger 14 Cent pro Kilogramm nicht angelieferte Milch bekamen.<sup>2</sup>



Kerstin Lanje ist Referentin für Welthandel und Ernährung beim Bischöflichen Hilfswerk MISEREOR.



Tobias Reichert ist Teamleiter für Welternährung, Landnutzung und Handel bei Germanwatch.

#### Weitere Informationen

**Germanwatch/Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (2015):** Mensch. Macht. Milch. Wie Konzerne unsere bäuerliche Landwirtschaft verpulvern. Berlin/Bonn/Hamm. [www.misereor.de/fileadmin/publikationen/comic-mensch-macht-milch.pdf](http://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/comic-mensch-macht-milch.pdf)

**MISEREOR (2012):** Die Milch macht's: Kleinbäuerliche Milchproduktion in Burkina Faso und die Auswirkungen instabiler Weltmarktpreise. Aachen. [www.misereor.de/fileadmin/publikationen/studie-die-milch-machts-2012.pdf](http://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/studie-die-milch-machts-2012.pdf)

**MISEREOR (2016):** Factsheet Milch – Fit für den Weltmarkt. Aachen. [www.misereor.de/fileadmin/publikationen/fact-sheet-milch-2015.pdf](http://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/fact-sheet-milch-2015.pdf)

**MISEREOR (2017):** Ausstellung „Mensch macht Milch“. Aachen. [www.misereor.de/mitmachen/ausstellungen/ausstellung-mensch-macht-milch/](http://www.misereor.de/mitmachen/ausstellungen/ausstellung-mensch-macht-milch/)

**Reichert, Tobias (2016):** Milchkrise weltweit: Runter mit der europäischen Menge jetzt – langfristig auf Klasse statt Masse setzen! Bonn/Berlin: Germanwatch/Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft/aktion agrar. <https://germanwatch.org/de/download/15624.pdf>

**Reichert, Tobias/Leimbach, Johannes (2015):** Billiges Milchpulver für die Welt: Das Auslaufen der EU-Milchquote und die Milcherzeugung und -exporte in Deutschland und der EU. Aachen/Berlin/Bonn/Hamm: Germanwatch/Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft/Brot für die Welt/MISEREOR. [www.misereor.de/fileadmin/publikationen/studie-billiges-milchpulver-fuer-die-welt-2015.pdf](http://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/studie-billiges-milchpulver-fuer-die-welt-2015.pdf)

<sup>2</sup> [www.agrarheute.com/news/eu-milchreduktionsmassnahme-gut-angenommen](http://www.agrarheute.com/news/eu-milchreduktionsmassnahme-gut-angenommen)

## Kasten 3 – Wie groß dürfen Konzerne werden?

### Megafusionen der Agrarkonzerne schaden Menschen, Umwelt und Demokratie

VON NELLY GROTEFENDT UND JUTTA SUNDERMANN

2017 ist das Jahr der Mega-Fusionen: gleich drei Giganten der Agrar- und Chemiebranche, Bayer und Monsanto, Dow und Dupont sowie ChemChina und Syngenta, wollen sich zusammentun und rufen mit diesen Plänen auf der ganzen Welt Protest hervor. Sie gefährden die Zukunftsperspektiven bäuerlicher, ökologischer Landwirtschaft und lokal angepasster Saatgutssysteme. Ihre Machtposition schadet zudem der Demokratie, denn Marktmacht ist auch eng verknüpft mit politischer Einflussnahme. Wenn die geplanten Fusionen im Agrarsektor zustande kommen, kontrollieren die drei Megakonzerne circa 70 Prozent des weltweiten Marktes für Agrarchemikalien und über 60 Prozent des globalen Saatgutmarktes.

Dies hat nicht nur Auswirkungen auf die biologische Vielfalt, sondern auch auf die Ernährungssouveränität. Betroffen sind insbesondere Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die die Basis der Welternährung sicherstellen und doch zugleich die schwächsten Glieder der Wertschöpfungsketten sind. Auf dem afrikanischen Kontinent beispielsweise macht Saatgut, wenn es von Bäuerinnen und Bauern eingekauft und nicht selbst vermehrt wird, bis zu

50 Prozent ihrer Ausgaben aus. Schon geringe Preissteigerungen hätten da fatale Folgen. Wo auf benachbarten Flächen Pestizide der großen Konzerne eingesetzt werden, sind teilweise schwere gesundheitliche Folgen zu beklagen.

Um Hunger zu bekämpfen und das Recht auf angemessene Nahrung umzusetzen, muss sich Saatgutzüchtung und -bereitstellung insbesondere an den Bedürfnissen der armen Bäuerinnen und Bauern ausrichten. Sie benötigen sehr günstiges, wenn nicht kostenloses, oder über eigenen Nachbau und Tausch zu erlangendes Saatgut und haben Interesse an einer großen Vielfalt an Pflanzen. Konzerne wie Bayer setzen auf Einheitlichkeit, um die hohen Übernahmekosten der angestrebten Fusion zu refinanzieren und Profite zu erwirtschaften. Schon seit Jahren ist maximaler Umsatz weniger (meist patentierter) Sorten seine Maxime, um Aktionäre zu befriedigen und Forschungsausgaben zu amortisieren.

Die Mega-Fusionen sind jedoch kein neues Phänomen, sondern ein jahrelanger Trend: Große Unternehmen werden immer größer und drängen kleine und mittlere aus dem Markt. Dies birgt

die oben geschilderten Probleme im Agrar-Bereich, betrifft aber auch andere Sektoren. Die Marktdominanz der Mega-Konzerne muss begrenzt werden und es braucht Gesetze, um Großkonzerne auch missbrauchsunabhängig entflechten zu können. Daher ist eine Verschärfung des Wettbewerbsrechts (der Fusions- und Missbrauchskontrolle aber auch zu erweiternder Entflechtungsregeln) unerlässlich. Die derzeitige Praxis ist unzureichend. Die zuständigen Behörden sind nicht gut genug ausgestattet, die angesetzten Kriterien sind ungeeignet, um die Fusionswellen aufzuhalten.

Das Wettbewerbsrecht wird bisher sehr wenig öffentlich diskutiert und ist kaum politisiert. Die Behörden müssen früher einschreiten und neben Marktkonzentration auch ökologische und soziale Auswirkungen von Fusionen untersuchen. Auch muss es endlich eine internationale Zusammenarbeit der unterschiedlichen Kartellbehörden geben, denn heute klaffen die Möglichkeiten der auf nationale Ebene oder maximal auf Staatengemeinschaften wie die EU beschränkten Kartellbehörden und die der global aufgestellten Konzerne immer weiter auseinander.

Es ist Zeit, zu fragen, wie groß Konzerne noch werden dürfen und ihrer Machtfülle Riegel vorzuschieben. Es geht um Chancen für soziale und ökologische Entwicklung und um die Demokratie, die Konzerninteressen etwas entgegensetzen können muss.



Nelly Grotefendt ist Referentin für Politik mit Schwerpunkt auf Weltwirtschaft und Handelspolitik beim Forum Umwelt und Entwicklung.



Jutta Sundermann leitet die Kampagnen wie „Brot in Not“ und „Kampf den Giganten – gegen die Fusion von Bayer und Monsanto“ bei Aktion Agrar.